



in.betrieb gGmbH Gesellschaft für Teilhabe und Integration

Mainz

Jahresabschluss zum Geschäftsjahr vom 01.01.2023 bis zum 31.12.2023

Lagebericht für den Zeitraum vom 01.01.2023 bis zum 31.12.2023

1. Grundlagen der in.betrieb

1.1 Geschäftsmodell

Die Gesellschaft betreibt Einrichtungen der Eingliederungshilfe sowie der Kinder- und Jugendhilfe.

An drei Standorten bestehen Werkstätten für behinderte Menschen mit insgesamt 582 genehmigten Plätzen. An den Standorten Mainz und Nieder-Olm werden zwei integrative Kindertagesstätten mit insgesamt 120 Plätzen betrieben. Im Ambulanten Wohnen erfolgen derzeit 172 Betreuungen; in der Tagesstruktur für Rentner*innen „zeit.raum“ werden derzeit 12 Personen betreut.

1.2 Ziele und Strategie

Die in.betrieb gGmbH ist gemeinsam mit ihrer Tochtergesellschaft mittendr.in gGmbH der größte Anbieter von Leistungen für Menschen mit geistiger Behinderung in Stadt Mainz und Kreis Mainz-Bingen. Die Unternehmensstrategie unterliegt der Vision, dass die marktorientierte Entwicklung neuer und der Erhalt bestehender Angebote die Ausrichtung als Sozialunternehmen sichert, die Marktposition stärkt und dem Inklusionsgedanken entspricht.

Der Aufsichtsrat überprüft regelmäßig die seitens der Geschäftsführung erarbeitete und vorgelegte Strategie des Unternehmens im Kontext der jeweils geltenden Unternehmensziele.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche und rechtliche Entwicklungen

Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht war das Jahr 2023 geprägt durch den Krieg in der Ukraine und der daraus resultierenden Inflation, die zu steigenden Rohstoff- und Energiekosten führte. Im Jahresdurchschnitt erhöhten sich die Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahr um 6,0 %.¹

Auf Basis des Landesrahmenvertrages nach § 131 SGB IX wurde im September 2022 turnusmäßig zur Neuverhandlung der Leistungs- und Vergütungsvereinbarung für den Arbeitsbereich der Werkstatt zum 01.01.2023 aufgefordert. Nachdem keine Verhandlung erfolgt ist wurde im Dezember 2022 die Schiedsstelle nach § 133 SGB IX angerufen.



Im Mai 2023 wurde die im September 2022 eingereichte Vergütungskalkulation bezüglich einiger Parameter nochmals angepasst, im Oktober erfolgte eine Fehlerkorrektur hieran. Im November erfolgte die Zustimmung des LSJV zu der eingereichten Kalkulation, die 14 Tage später jedoch widerrufen wurde. Gleichzeitig erfolgte das Angebot einer Vergütung auf Basis unserer Ersteinreichung vom September 2022, welches jedoch verschiedene Kostenbestandteile nicht beinhaltet und nicht auf unsere nachgereichten Anpassungen eingeht. Daher wurde dieses nicht akzeptiert.

¹ Vgl. Pressemitteilung Nr. 020 vom 16. Januar 2024 des Statistischen Bundesamtes (https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/01/PD24_020_611.html)

Nunmehr stehen wir vor einem umfangreichen Verhandlungsszenario, dessen zeitlicher Verlauf nicht absehbar ist. Gleichzeitig geht die nunmehr 15-monatige Unklarheit bezüglich der Vergütung zulasten der Liquidität.

Im Jahresabschluss berücksichtigt ist die Zusetzung der Vergütung auf Basis des Angebotes des LSJV vom November 2023. Dieses wurde unsererseits zwar nicht akzeptiert, jedoch werden die hierin zugestandenen Vergütungsbestandteile als gesichert gesehen. Aus Vorsichtsgründen wurde trotzdem im Jahresabschluss ein Sicherheitsabschlag berücksichtigt.

Für die Soziale Teilhabe - ehemals ambulante Wohnform, die gemäß den Regelungen des Landesrahmenvertrages eigentlich der gleichen Zeitschiene unterliegt, erfolgte auch im Jahr 2023 keine Klärung. Der Landesrahmenvertrag wurde um Regelungen zur Sozialen Teilhabe ergänzt, die jedoch noch nicht ausgestaltet sind. Aus diesem Grund haben wir hier erneut einer pauschalen Anhebung der Vergütung zum 01.01.2024 zugestimmt. Diese ist bis heute jedoch noch nicht der Vergütung zugesetzt.

Für die Soziale Teilhabe - Tagesstruktur für Rentner*innen hat sich nach unserem im September 2022 erfolgten Aufruf zur Verhandlung und Vereinbarung einer neuen Vergütung mittlerweile ein dynamisches Verhandlungsgeschehen ergeben. Über einige Bestandteile der Leistungs- und Vergütungsvereinbarung ist Einigkeit entstanden, so dass wir davon ausgehen dürfen, dass der Abschluss in den kommenden Wochen erfolgt. Demgemäß würde eine Rückwirkung zum 01.01.2023 entstehen.

2.2 Geschäftsverlauf

Das Jahr 2023 war geprägt von unterschiedlichen Einflüssen.

Die Regelungen für die Soziale Teilhabe Ü18 wurden im bestehenden Landesrahmenvertrag ergänzt, konnten jedoch mangels Ausgestaltung noch nicht umgesetzt werden. Dennoch haben wir uns mit der vorliegenden Kenntnis auf entsprechende Veränderungen insbesondere in der Vergütungsstruktur vorbereitet.

Im U18-Bereich konnten mit der Stadt Mainz und dem Kreis Mainz-Bingen Leistungs- und Vergütungsvereinbarungen aller unserer Kitas geschlossen werden, welche uns zumindest bis zum Abschluss eines Landesrahmenvertrages Planungssicherheit geben werden.

Nach langwierigen Verhandlungen mit dem LSJV und in der Schiedsstelle konnte die Betriebsstätte Ingelheim der Vergütung für die Teilhabe am Arbeitsleben zugesetzt werden.

Die Vorbereitungen für den zum Jahreswechsel geplanten Start des Inklusionsbetriebes wasch.werk & rad.werk in Ingelheim laufen. Hier lagen alle erforderlichen Bewilligungen vor, die Baumaßnahme konnte bis zum Jahresende 2023 bis auf kleinere Innenausbauarbeiten auch abgeschlossen werden. Hierdurch kam es jedoch zu einer kleinen Verzögerung, welche eine offizielle Eröffnung erst Mitte Februar und einen kompletten Betriebsbeginn und damit auch Umsatzerträge erst ab März 2024 möglich machte.

Nicht zuletzt hat sich der Start der Kita Wildlinge, welche wir in Form eines Betreibermodells und im Gebäude der Stadt Ingelheim am Mai 2023 betreiben wollten, verzögert. Im Rohbau kam es im Februar 2023 zu einem Wasserschaden durch Vandalismus, der eine Inbetriebnahme durch uns erst zum Jahresbeginn 2024 möglich machte und daher zu erheblichem Zeitverzug.

Der Umsatz aus Zweckbetrieb erfolgte weitgehend planmäßig und gab entsprechende Stabilität. Die Belegung in der Werkstatt, weitgehend im Arbeitsbereich, erfolgte erneut nicht gemäß Plan. Diese Rückläufigkeit war nicht zuletzt der Grund für die nachgereichten Anpassungen in unserer Vergütungskalkulation.

Nach wie vor hält infolge der anhaltend unklaren Rahmenbedingungen - Stichworte Regelungen Landesrahmenvertrag und schleppende Vergütungsverhandlungen - das strikte Kostenmanagement im Personal- und Sachkostenbereich an. Dies ist umso mehr bedeutsam, da es infolge der unverhandelten Werkstattvergütung zu deutlichen Liquiditätsrückgängen kam, was alleine eine intensive Steuerung im Aufwand mit sich bringt.

Gegenüber dem Wirtschaftsplan 2023, der einen Jahresfehlbetrag von 549 TEUR auswies, fiel das Jahresergebnis mit 349 TEUR um 898 TEUR besser aus. Ursächlich hierfür sind neben hohen Spendererträgen und periodenfremden Umsätzen aufgrund rückwirkender Vergütungsvereinbarungen auch nicht besetzte Personalstellen.

Insgesamt beurteilt die Geschäftsführung die Geschäftsentwicklung im Jahr 2023 als zufriedenstellend.

2.3 Lage der in.betrieb

2.3.1 Ertragslage

	2023		2022		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
Umsatzerlöse	28.981	97,9	26.101	94,4	2.880	11,0
Bestandsveränderungen	-16	0,0	6	0,0	-22	
Sonstige betriebliche Erträge	636	2,1	1.534	5,6	-898	-58,0



	2023		2022		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
Betriebliche Erträge	29.601	100,0	27.641	100,0	1.960	7,1
Personalaufwand	21.433	72,4	19.966	72,2	1.467	7,3
Materialaufwand	777	2,6	678	2,5	99	14,6
Planmäßige Abschreibungen auf nicht geförderte Anlagen	648	2,2	652	2,4	-4	-0,6
Sonstige betriebliche Aufwendungen (einschließlich sonstiger Steuern)	7.066	23,9	6.279	22,7	787	12,5
Betriebliche Aufwendungen	29.924	101,1	27.575	99,8	2.349	8,5
Betriebsergebnis	-323	-1,1	66	0,2	-389	
Fördermittelergebnis	0		0		0	
Finanzergebnis	-101		-90		-11	
Neutrales Ergebnis	773		137		+636	
Jahresergebnis	349		113		+236	
				2023	2022	Veränderung
				T€	T€	T€
Erlöse des Werkstattbetriebs inkl. Berufsbildung						
Aus Pflegesätzen				14.562	12.794	1.768
Leistungserlöse				3.946	3.889	57
Sonstige Erlöse				4.185	3.968	217
				22.693	20.651	2.042
Erlöse aus betreutem Wohnen				3.208	2.731	477
Erlöse aus Kindertagesstätten				2.307	2.117	190
Leistungsverrechnung mit mittendr.in gGmbH, Mainz				490	325	165
Miete und Pacht				167	170	-3
Übrige				116	107	9
				28.981	26.101	2.880

Im Berichtszeitraum sind die abrechenbaren Belegungstage im Arbeitsbereich gegenüber dem Vorjahr weiter rückläufig (rd. 3.000 Tage weniger) als im Vorjahr. Die Belegungstage im Berufsbildungsbereich sind konstant.

Die Auswirkungen der weiteren Belegungsreduzierung im Arbeitsbereich sind in der zukünftigen Planung enthalten; zum Zeitpunkt der Erstellung des Berichtes pendelt sich die Belegung leicht über Planniveau ein, welches jedoch unter den letzten Jahren liegt.

Die weiterhin gute Belegungsentwicklung im Berufsbildungsbereich ist weiterhin im Wesentlichen von den Abgangszahlen der Schulen beeinflusst. In diesem Kontext setzen wir stark auf unsere Strategie, bereits im Berufsbildungsbereich das Angebot in Arbeit in den Mittelpunkt zu stellen und hierbei die vielfältigen Möglichkeiten zur Beschäftigung auch außerhalb der Werkstatt umzusetzen.

In den beiden integrativen Kindertagesstätten waren alle insgesamt 20 integrativen Plätze belegt, was dort Stabilität im Ertrag mit sich brachte.



Im ehemals Ambulanten Wohnen verzeichnen wir eine erneut gestiegene und immens hohe Nachfrage nach Betreuungsverhältnissen. Mittlerweile leider anhaltender Engpass, diese zu decken, ist für uns der Mangel an Fachkräften, vor allem an Sozialpädagog*innen. Auch wenn unsere Position als größter Anbieter von ambulanten Wohnangeboten in der Region gefestigt ist, führt diese Situation zu derzeit nicht steigenden Zahlen und keinem durch Belegung bedingten Mehrertrag.

Der Personalaufwand ist gegenüber dem Vorjahr deutlich gestiegen, bedingt durch die Tarifanpassungen SuE ganzjährig sowie die Tarifanpassungen 2023 mit Inflationsausgleichsgeld.

2.3.2 Finanzlage

Die Liquiditätslage weist zum Bilanzstichtag des Geschäftsjahres eine Überdeckung von T€ 2.850 aus. Das kurzfristig realisierbare Schuldendeckungspotential deckt demnach in vollem Umfang das kurzfristige Fremdkapital.

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019
Liquiditätsgrad I in %	67,9	87,2	40,5	99,9	109,0
Liquiditätsgrad II in %	231,6	246,5	243,0	224,9	231,0
Liquiditätsgrad III in %	236,4	251,3	246,3	229,1	235,4
				2023	2022
				T€	T€
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit				1.221	2.129
Cashflow aus der Investitionstätigkeit				-1.622	-840
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit				74	-475
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds				-327	814
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode				1.745	931
Finanzmittelfonds am Ende der Periode				1.418	1.745

2.3.3 Vermögenslage

Vermögensstruktur	31.12.2023		31.12.2022		Veränderung
	T€	%	T€	%	
Langfristige Aktiva					
Anlagevermögen	20.746	80,8	19.440	79,4	1.306
Kurzfristige Aktiva					
Vorräte	102	0,4	96	0,4	6
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2.872	11,2	2.406	9,8	466
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	381	1,5	515	2,1	-134
Sonstige Vermögensgegenstände	163	0,6	266	1,2	-103
Liquide Mittel	1.418	5,5	1.745	7,1	-327
Rechnungsabgrenzungsposten	3	0,0	3	0,0	0
	4.939	19,2	5.031	20,6	-92
	25.685	100,0	24.471	100,0	1.214



Kapitalstruktur	31.12.2023		31.12.2022		Veränderung
	T€	%	T€	%	T€
Eigenkapital	10.872	42,3	10.523	43,0	349
Sonderposten	8.942	34,8	8.370	34,2	572
	19.814	77,1	18.893	77,2	921
Langfristige sonstige Passiva					
Rückstellungen	82	0,3	80	0,3	2
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.700	14,4	3.496	14,3	204
Sonstige Verbindlichkeiten	0	0,0	0	0,0	0
	3.782	14,7	3.576	14,4	205
	23.596	91,8	22.469	91,8	1.127
Kurzfristige Passiva					
Rückstellungen	560	2,2	620	2,5	-60
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	554	2,2	446	1,8	108
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	311	1,2	340	1,4	-29
Sonstige Verbindlichkeiten	654	2,6	584	2,4	70
Rechnungsabgrenzungsposten	10	0,0	12	0,1	-2
	2.089	8,2	2.002	8,2	87
	25.685	100,0	24.471	100,0	1.214

Das Anlagevermögen ist gegenüber dem Vorjahr deutlich gestiegen. Der Anstieg ist durch die Investitionen im Rahmen der Errichtung des Inklusionsbetriebs begründet.

Die Eigenkapitalquote ist leicht auf 42,3 % gesunken.

2.3.4 Gesamtaussage

Die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Gesellschaft ist als gut zu beurteilen.

3. Finanzielle und nicht finanzielle Indikatoren

Der wesentliche finanzielle Leistungsindikator ist das Jahresergebnis. Weitere finanzielle Leistungsindikatoren werden nicht gemessen. Hinsichtlich der Entwicklung des Jahresergebnisses verweisen wir auf unsere Ausführungen weiter oben. Nicht finanzielle Leistungsindikatoren werden nicht gemessen.

4. Prognosebericht

Grundsätzlich:

In der Werkstatt wird es weiterhin Anstrengungen brauchen, den Umsatz aus Zweckbetrieb auf dem vorliegenden Niveau zu halten. Dies nicht nur aufgrund der angespannten und auch von uns zu spürenden Wirtschaftslage; auch die in den letzten Jahren rückläufige Belegung und die damit gesunkene Leistungsfähigkeit trägt ihren Teil zu dieser Herausforderung bei. Ergänzt wird dies durch die Inbetriebnahme des neuen Inklusionsbetriebes, welcher in seinem Segment - Auto und Fahrrad - seinen Markt in Ingelheim und Umgebung finden muss.

Von hoher Bedeutung in der Werkstatt ist und bleibt für uns die Umsetzung des Unternehmenszieles „in.arbeit“. Bis zum Jahresende 2024 wollen wir 40 ausgelagerte Einzelarbeitsplätze schaffen, um im Jahr 2025 die Zahl 60 zu erreichen. Hier wird die interne Organisation weiterhin auf die Umsetzung dieses Zieles geschärft und zugleich die Suche und Pflege von Betrieben, welche Bereitschaft zur Beistellung von solchen Arbeitsplätzen haben, intensiviert.



Im laufenden Jahr wird in der Werkstatt Schwerpunkt sein müssen, die weitere Entscheidung der Flächen und Finanzierungsparameter für das Haupthaus Mainz zu treffen. Angesichts der derzeit schleppenden Vergütungsverhandlung rückwirkend zum 1.1.2023 erscheint dieses Ansinnen maximal herausfordernd.

Im ehemals Ambulanten Wohnen zeigt sich ganz aktuell eine leicht verbesserte Fachkräftesituation, welche uns zumindest eine leichte zusätzliche Aufnahme und damit Deckung von dringlichen Bedarfen möglich machen könnte.

Die Wildlinge sind in Betrieb und gestalten mit den Rheinlingen und Selzlingen bereits in kurzer Zeit eine gut funktionierende Organisationseinheit. Wir gehen davon aus, dass sich hier auch im Regelbereich verbesserte Rahmenbedingungen ergeben werden.

Unser Angebot „zeit.raum“ (Tagesstruktur für Rentner*innen mit geistiger Behinderung) sollte in den kommenden Wochen eine, dann rückwirkend zum 1.1.2023 gültige, Vergütungsverhandlung abgeschlossen haben. Mit dieser dann absehbaren Vergütung wird es uns gelingen, die Anzahl der Angebote auszubauen.

Für 2024 wäre es uns wesentlich, das Unternehmensziel „Errichtung einer besonderen Wohnform für 24 Menschen mit Schwerst-Mehrfachbehinderung“ auf eine grundsätzliche Realisierung hin zu bewerten. Voraussetzung hierzu ist die Gewinnung einer denkbaren Fläche, welche derzeit auf unserem Gelände in Hechtsheim möglich erscheint; die bauplanungsrechtlichen Voraussetzungen werden geprüft. Dieses Vorhaben hat eine immense Bedeutung, da hierdurch auch vielen Betreuten unserer Tagesförderstätte der mittendr.in.gmbH ein fehlendes Wohnumfeld angeboten werden könnte.

Infolge der fortgesetzten Unsicherheiten in der Eingliederungshilfe (vor allem den noch nicht festgesetzten bzw. verhandelten Vergütungen in fast allen Angeboten) geht die Geschäftsführung im laufenden Jahr von einem Defizit von 496 T€ aus. Dabei prognostizieren wir einen Ertragsanstieg von ca. 3,4 Mio. €, der jedoch den prognostizierten Aufwandsanstieg von 4,25 Mio. € nicht kompensieren kann. Insbesondere der deutliche Anstieg der Personalaufwendungen (ca. 3,8 Mio. €) wird voraussichtlich zu einer deutlichen Ergebnisverschlechterung führen. Alle Anstrengungen werden dahingehen, diese zu reduzieren, die laufenden Vergütungsverhandlungen zu guten Ergebnissen zu bringen und einen bestmöglichen Rahmen für die kommenden Verhandlungen zu setzen.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1 Gesamtwirtschaftliche Chancen und Risiken

Die gegenwärtigen wirtschaftlichen Entwicklungen erbringen nach wie vor für die Zukunft ein nennenswertes Maß an Unsicherheit. Es ist weiterhin nicht absehbar, wie finanzierbar die gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen, aber auch die Verhandlungen über notwendige Rahmenvereinbarungen, Leistungen in der Eingliederungshilfe und der Kinder- und Jugendhilfe zukünftig machen. Daher ist ein hohes Maß an Kostenmanagement und nachhaltigem Wirtschaften einerseits, ein intensives Begleiten und Gestalten der politischen Entwicklungen über unter anderem eine engagierte Verbandsarbeit von hoher Bedeutung und ein Kern des Handelns der Geschäftsführung.

5.2 Branchenspezifische Chancen und Risiken

In der Teilhabe am Arbeitsleben ist die turnusgemäße Neuverhandlung der Vergütungssätze zum 01.01.2023 am Laufen, bislang jedoch leider ohne Ergebnis. Dies belastet die Liquidität, was eine stringente wirtschaftliche Steuerung notwendig macht. Erneut wird für das Jahr 2025 von steigenden Beförderungskosten ausgegangen, was eine Teilverhandlung der Beförderungskostenpauschale erforderlich machen würde.

Die gesunkene Belegung in der Werkstatt stellt Anstrengung an sich her, die bestehenden und vielfältigen Arbeitsbereiche weiterhin gut betreiben zu können.

Die Entwicklung in der kompletten Sozialen Teilhabe Ü 18 ist abhängig von der weiteren Ausgestaltung der Anpassungen im Landesrahmenvertrag und demgemäß einem Verfahren hinsichtlich der neuen Vergütungssystematik. Es bleibt fraglich, ob das bis zum Jahresende 2024 vorliegen wird.

Die Entwicklung in der Sozialen Teilhabe U 18 soll sich durch einen in 2024 nun vorgesehenen Abschluss eines Landesrahmenvertrages gestalten. Auch hier bleibt ungewiss, ob dies erfolgreich sein wird. Andernfalls setzen wir darauf, dass unsere mit den Kommunen getroffenen Leistungs- und Vergütungsvereinbarungen sich fortsetzen.

Sich frühzeitig einstellend auf diese Szenarien hat die Geschäftsführung die in.betrieb weiterhin fachlich und organisatorisch gut aufgestellt und in relevanten Funktionen verbessert. So ergänzt ab Sommer 2024 auch juristische Kompetenz unseren Stabsbereich. Nicht zuletzt durch die nach wie vor sehr gute verbandliche Position und eine gute Vernetzung sehen wir in diesen herausfordernden Entwicklungen weiterhin Chancen der Mitgestaltung in der Neufassung der Rahmen für alle Leistungen und Angebote, die wir in der operativen Umsetzung wie auch in der strategischen Entwicklung nutzen wollen.

5.3 Einrichtungsspezifische Chancen und Risiken

Der anstehende Neubauprozess des Haupthauses der Werkstatt in Mainz wird im Jahr 2024 fortgesetzt werden müssen und daher für die nächsten Jahre grundsätzliche Relevanz haben. Hier gilt es notwendige Flächen für die zukunftsgerichteten Arbeitsangebote zu verbinden mit der Frage von Mietkosten und deren Refinanzierbarkeit. Mitgestaltet wird dies durch die Prüfung zur Errichtung einer besonderen Wohnform mit Menschen mit Schwerst- Mehrfachbehinderung ebenfalls auf dem Gelände in Hechtsheim. Hier wurde eine Bauvoranfrage gestellt; im positiven Fall wäre dann mit Wohnform und Werkstatt ein sehr umfangreiches Vorhaben umzusetzen.

Wir streben an, unmittelbar nach Ergebnis der Bauvoranfrage alle notwendigen Fragestellungen gemeinsam mit dem MASTD und dem LSJV in eine Klärung zu geben.

Hier wollen wir mit der gebotenen Dynamik agieren, da uns die Bedarfslage der betroffenen Menschen, die derzeit in unseren Tagesstrukturen betreut werden, eine dringende Bedarfsdeckung auferlegt.

Unser Prozess der Zielebearbeitung - über Unternehmensziele zu Bereichs- und Individualzielen - ist mittlerweile gut etabliert und verschafft uns Transparenz in der Unternehmensentwicklung und die Mitgestaltung in der Organisation. Permanente Anpassungen der Unternehmensstruktur infolge der Umsetzung von Projekten und Schwerpunktsetzungen erfolgen nach Bedarf jederzeitig.

5.4 Gesamtaussage



Ungeachtet der anhaltenden Entwicklungen in der Eingliederungshilfe, zu verzeichnenden Kostenentwicklungen sowie einem spürbaren Mangel an Fachkräften kommt die Geschäftsführung nach Überprüfung der Risikolage zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichtes zu dem Ergebnis, dass keine bestandsgefährdenden Risiken vorliegen.

Mainz, den 08.03.2024

Michael Huber, Geschäftsführer

Bilanz zum 31. Dezember 2023

AKTIVSEITE

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	TEUR
A. ANLAGEVERMÖGEN		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	36.448,00	57
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	17.188.342,30	17.672
2. Technische Anlagen und Maschinen	413.218,00	474
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.051.606,40	1.062
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	2.032.299,02	150
	20.685.465,72	19.358
III. Finanzanlagen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	25.000,00	25
2. Beteiligungen	1,00	0
3. Genossenschaftsanteile	1,00	0
	25.002,00	25
B. UMLAUFVERMÖGEN		
I. Vorräte		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	101.739,65	80
2. Fertige Erzeugnisse und Waren	0,00	16
	101.739,65	96
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		



	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	TEUR
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2.872.286,25	2.406
2. Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen	380.779,56	515
3. Sonstige Vermögensgegenstände	162.597,91	266
	3.415.663,72	3.187
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	1.417.599,79	1.745
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	3.146,57	3
	25.685.065,45	24.471

PASSIVSEITE

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	TEUR
A. EIGENKAPITAL		
I. Gezeichnetes Kapital	1.000.000,00	1.000
II. Gewinnrücklagen		
Andere Gewinnrücklagen	7.866.567,79	7.867
III. Gewinn-/Verlustvortrag	1.656.808,77	1.543
IV. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	348.571,52	113
	10.871.948,08	10.523
B. SONDERPOSTEN		
I. Sonderposten aus Zuweisungen und Zuschüssen zur Finanzierung von Anlagevermögen	8.107.183,21	7.781
II. Sonderposten aus Investitionspauschalen	835.255,04	589
	8.942.438,25	8.370
C. RÜCKSTELLUNGEN		
Sonstige Rückstellungen	641.100,00	700
D. VERBINDLICHKEITEN		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.011.181,47	3.836
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	554.231,12	446
3. Sonstige Verbindlichkeiten	654.605,40	584
davon aus Steuern 121.267,09 EUR (Vorjahr 121 TEUR)		
	5.220.017,99	4.866
E. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	9.561,13	12
	25.685.065,45	24.471



Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2023

	2023	2022
	EUR	TEUR
1. Umsatzerlöse	29.286.763,89	26.101
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-16.020,00	6
3. Sonstige betriebliche Erträge	1.380.882,69	1.978
	30.651.626,58	28.085
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	658.448,55	480
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	118.794,25	198
	777.242,80	678
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	13.652.209,48	12.557
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	7.781.215,43	7.409
- davon für Altersversorgung 951.861,62 EUR (Vorjahr 894 TEUR)		
	21.433.424,91	19.966
Zwischenergebnis	8.440.958,87	7.441
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	894.184,28	902
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	7.091.105,17	6.328
Zwischenergebnis	455.669,42	211
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	6.454,75	0
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	101.216,33	90
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	5.983,15	2
11. Ergebnis vor sonstigen Steuern	354.924,69	119
12. Sonstige Steuern	6.353,17	6
13. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	348.571,52	113

Anhang für das Geschäftsjahr 2023

Inhaltsverzeichnis des Anhangs



A. Allgemeine Angaben

B. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

C. Erläuterungen zur Bilanz

D. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

E. Anteilsbesitz, Zusammensetzung der Organe und Aufwendungen für Organe

F. Sonstige Angaben

A. Allgemeine Angaben

Die in.betrieb gGmbH Gesellschaft für Teilhabe und Integration (im Folgenden auch Gesellschaft genannt) mit Sitz in Mainz, ist unter der Nummer HRB 0415 in das Handelsregister des Amtsgerichts Mainz eingetragen.

Gemäß § 21 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrags i. V. m. § 22 Abs. 1 EigAnVo Rheinland-Pfalz erfolgt die Aufstellung des Jahresabschlusses nach den Vorschriften für große Kapitalgesellschaften.

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 wurde nach den Bestimmungen des Handelsgesetzbuches gemäß den §§ 242 ff. und §§ 264 ff. sowie den einschlägigen Vorschriften des GmbHG und des Gesellschaftsvertrags aufgestellt und gegliedert.

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren gegliedert. Die Gliederung wurde nach § 265 HGB erweitert.

Die Gesellschaft ist eine große Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 2 HGB und als gemeinnützige Körperschaft von den Ertragsteuern befreit.

Die Erstellung des Jahresabschlusses erfolgt unter der Annahme der Unternehmensfortführung (§ 252 Abs. 1 Nr. 2 HGB).

B. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die im Folgenden dargestellten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind im Vergleich zum Vorjahr unverändert angewandt worden.

Entgeltlich erworbene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte werden linear über eine Nutzungsdauer von drei Jahren abgeschrieben.

Der Ansatz des Sachanlagevermögens erfolgt zu Anschaffungskosten. Anschaffungskostenminderungen werden abgesetzt. Es kommt ausschließlich die lineare Abschreibungsmethode zur Anwendung. Die Abschreibungssätze richten sich nach der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer.

Die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer bei Gebäuden beläuft sich auf 50 Jahre.

Technische Anlagen und Maschinen werden über eine Nutzungsdauer zwischen 4 und 16 Jahren abgeschrieben.

Die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer der Betriebs- und Geschäftsausstattung liegt zwischen 2 und 15 Jahre.

Erhaltene Zuwendungen für Investitionen werden auf der Passivseite der Bilanz als Sonderposten entsprechend der Stellungnahme IDW HFA 1/1984 i.d.F. von 1990 ausgewiesen, soweit diese Zuschüsse für Anlagevermögen der Errichtung und Ausstattung eingesetzt wurden. Die Sonderposten werden nach Maßgabe der Abschreibungen auf die mit den Zuschüssen finanzierten Anlagegüter aufgelöst.

Die Finanzanlagen werden zu Anschaffungskosten angesetzt, gegebenenfalls vermindert um außerplanmäßige Abschreibungen.

Die Werthaltigkeit der Anteile an verbundenen Unternehmen / der Beteiligungen / der Genossenschaftsanteile wird regelmäßig anhand geeigneter Bewertungsverfahren geprüft. Wenn voraussichtlich dauernde Wertminderungen vorliegen, werden niedrigere Werte angesetzt.

Die Bewertung der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe erfolgt unter Berücksichtigung des strengen Niederstwertprinzips zu Anschaffungskosten. Die fertigen Erzeugnisse sind gemäß den handels- und steuerrechtlichen Bewertungsvorschriften bewertet.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind mit dem Nominalbetrag bewertet. Wertberichtigungen sind im erforderlichen Umfang gebildet worden. Uneinbringliche Posten sind vollständig ausgebucht.

Die Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen werden zum Nominalbetrag bewertet.

Die sonstigen Vermögensgegenstände sind zum Nennbetrag bilanziert.

Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten sind mit ihren Nominalbeträgen angesetzt.

Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten betreffen Ausgaben vor dem Abschlussstichtag, die Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tage darstellen.



Die sonstigen Rückstellungen enthalten alle bekannten Risiken und ungewisse Verbindlichkeiten. Die Bewertung erfolgte zu dem voraussichtlichen Erfüllungsbetrag im Rahmen einer vernünftigen kaufmännischen Beurteilung. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden mit dem Restlaufzeit entsprechenden Zinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst.

Die Verbindlichkeiten sind jeweils im Einzelnen mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten betreffen Einnahmen vor dem Abschlussstichtag, die Ertrag für eine bestimmte Zeit nach diesem Tage darstellen.

C. Erläuterungen zur Bilanz

Die Entwicklung des Anlagevermögens ergibt sich aus dem Anlagespiegel als Bestandteil des Anhangs. Er ist als Anlage zum Anhang beigelegt.

Unter den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen werden Forderungen gegen Gesellschafter in Höhe von TE 894 (VJ T€ 896) ausgewiesen.

Unter den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind Forderungen gegen Beteiligungsunternehmen von T€ 2 (VJ T€ 1) ausgewiesen.

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen betreffen in Wesentlichen die Mittelweiterleitung der Tochtergesellschaft und laufende Verrechnungen.

Gemäß Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 05. Juli 2023 ist der Abschluss des Geschäftsjahrs 2022 festgestellt worden. Der Jahresüberschuss von € 112.592,74 ist zusammen mit dem Gewinnvortrag aus Vorjahren in Höhe von € 1.544.216,03 auf neue Rechnung vorgetragen worden.

Die sonstigen Rückstellungen stellen sich wie folgt dar:

	Stand am 01.01.2023	Inanspruchnahmen	Auflösungen	Zuführungen	Stand am 31.12.2023
	T€	T€	T€	T€	T€
Personalverpflichtungen	677	598	1	537	615
übrige ungewisse Verpflichtungen	23	23	0	26	26
	700	621	1	563	641

Die Verbindlichkeiten weisen zum 31. Dezember 2023 folgende Restlaufzeiten auf:

	Restlaufzeiten			
	Gesamt	< 1 Jahr	1-5 Jahre	> 5 Jahre
	T€	T€	T€	T€
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.011	311	761	2.939
(Vorjahr)	(3.836)	(340)	(807)	(2.689)
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	554	554	0	0
(Vorjahr)	(446)	(446)	(0)	(0)
Sonstige Verbindlichkeiten	655	655	0	0
(Vorjahr)	(584)	(584)	(0)	(0)
	5.220	1.520	761	2.939
	(4.866)	(1.370)	(807)	(2.689)

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben T€ 3.700 (VJ T€ 3.496) eine Laufzeit über einem Jahr.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind in voller Höhe durch Grundschulden gesichert.

In den Verbindlichkeiten werden Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter in Höhe von T€ 105 (VJ T€ 58) ausgewiesen.

In den Verbindlichkeiten werden Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungsunternehmen von T€ 0 (VJ T€ 9) ausgewiesen.

D. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Umsatzerlöse sind ausschließlich in Inland erzielt worden und betreffen im Wesentlichen Erlöse des Werkstattbereichs (T€ 22.693), Erlöse aus ambulantem Wohnen (T€ 3.208) und den Betrieb von Kindertagesstätten (T€ 2.307).

Periodenfremde Erträge sind im Geschäftsjahr in Höhe von T€ 331 (VJ T€ 149) angefallen. Sie betreffen mit T€ 306 (VJ T€ 0) die Umsatzerlöse betreffend Nachberechnungen für Vorjahre sowie mit T€ 25 (VJ T€ 149) die sonstigen betrieblichen Erträge und resultieren überwiegend aus der Erstattung von Mietnebenkosten und Abrechnungskorrekturen.

Die periodenfremden Aufwendungen belaufen sich im Geschäftsjahr auf T€ 35 (VJ T€ 57) und betreffen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen.

E. Anteilsbesitz, Zusammensetzung der Organe und Aufwendungen für Organe

Der Anteilsbesitz stellt sich am 31. Dezember 2023 wie folgt dar:

	T€	%
Zentrale Beteiligungsgesellschaft der Stadt Mainz mbH	328	32,8
Lebenshilfe für geistig Behinderte eV Orts- und Kreisvereinigung Mainz - Bingen, Mainz	262	26,2
Landkreis Mainz - Bingen, Ingelheim	164	16,4
Verein für Körper- und Mehrfachbehinderte Mainz eV, Mainz	123	12,3
Förderverein für Blinde eV Mainz, Mainz	123	12,3
	1.000	100,0

Dem Aufsichtsrat gehörten 2023 an:

Dr. Eckart Lensch	Sozialdezernent Vorsitzender	Landeshauptstadt Mainz
Michael Hartwig	Bankkaufmann stellv. Vorsitzender	Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung e.V., Orts- und Kreisvereinigung Mainz-Bingen
Marita Boos-Waidosch David Dietz (bis 31.01.2023)	Rentnerin Geschäftsführer	Landeshauptstadt Mainz Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung e.V., Orts- und Kreisvereinigung Mainz-Bingen
Sven Engel	Dipl.-Betriebswirt (FH)	Verein für Körper- und Mehrfachbehinderte Mainz e.V.
Daniel Gahr (seit 01.09.2023)	Geschäftsführer	Zentrale Beteiligungsgesellschaft der Stadt Mainz mbH
Alexander Rudolf Theodor von Groß	Dipl. Ing. Maschinenbau	Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung e.V., Orts- und Kreisvereinigung Mainz-Bingen
Dieter Herrmann	Dipl.-Verwaltungswirt	Förderverein für Blinde e.V., Mainz
Dr. Silvia Klengel	Ortsvorsteherin	Landkreis Mainz-Bingen
Myriam Lauzi	Angestellte	Landeshauptstadt Mainz
Manfred Lippold (seit 01.02.2023)	Techniker	Landeshauptstadt Mainz
Kerstin Pane	Verwaltungsfachwirtin	Förderverein für Blinde e.V., Mainz
Dr. med Margret Pohl	Kinder- und Jugendärztin	Verein für Körper- und Mehrfachbehinderte Mainz e.V.
Almut Schultheiß-Lehn	Zweite Kreisbeigeordnete	Landkreis Mainz-Bingen
Claudia Siebner (bis 31.01.2023)	Politwissenschaftlerin	Landeshauptstadt Mainz



Wolfgang Siebner (seit 01.02.2023)

Geschäftsführer

Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung e.V., Orts- und Kreisvereinigung Mainz-Bingen

Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr 2023 keine Bezüge erhalten.

Zum alleinigen Geschäftsführer ist im Geschäftsjahr 2023 Herr Michael Huber, Mehlingen, bestellt.

Auf die Angabe der Bezüge des Geschäftsführers wird gemäß Schutzklausel nach § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Die Gesellschaft ist mit 100 % an der mittendr.in gGmbH, Mainz, beteiligt. Die Gesellschaft erwirtschaftete im Berichtsjahr einen Jahresüberschuss von T€ 0 und weist ein Eigenkapital zum 31. Dezember 2023 von T€ 25 aus.

F. Sonstige Angaben

Haftungsverhältnisse gemäß § 251 HGB bestehen nicht.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen gemäß § 285 Nr. 3 HGB bestehen im geschäftsüblichen Umfang im Rahmen der Anmietung von Werkstattgebäuden, Wohnungen im Bereich betreutes Wohnen, Erbpachtverpflichtungen und im Bestellobligo. Die Aufwendungen belaufen sich auf jährlich T€ 954.

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2023 insgesamt 293 Arbeitnehmer beschäftigt. Zusätzlich wurden 503 behinderte Menschen im Arbeitsbereich und 48 behinderte Menschen in der Berufsbildung beschäftigt. Die behinderten Menschen im Arbeitsbereich erhalten für ihre Tätigkeit Arbeitsentgelte gemäß § 221 SGB IX.

Arbeit	150
Führungskräfte, Geschäftsführung	15
Kita	43
Zentrale Aufgaben	28
Soziale Teilhabe	57
Gesamt in.betrieb	293

Zwischen dem Bilanzstichtag (31. Dezember 2023) und der Aufstellung des Jahresabschlusses sind keine Sachverhalte eingetreten, die für die Beurteilung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage von Bedeutung sind.

Der Aufsichtsrat schlägt der Gesellschafterversammlung vor, den Jahresüberschuss zum 31. Dezember 2023 von € 348.571,52 zusammen mit dem Gewinnvortrag aus Vorjahren von € 1.656.808,77 auf neue Rechnung vorzutragen.

Im Kalenderjahr 2023 wurden Honorare für Abschlussprüfungsleistungen in Höhe von T€ 19 (VJ T€ 14) als Aufwand erfasst.

Mainz, den 08. März 2024

in.betrieb gGmbH Gesellschaft für Teilhabe und Integration

Michael Huber, Geschäftsführer

Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerblich ...

Anlagespiegel zum 31. Dezember 2023



	Anschaffungs- und Herstellungskosten				
	Stand am 01.01.2023	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	Stand am 31.12.2023
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	444.719,85	26.562,37	0,00	42.502,93	428.779,29
II. Sachanlagen					
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	28.345.008,65	11.956,00	0,00	0,00	28.356.964,65
2. Technische Anlagen und Maschinen	1.671.512,06	0,00	0,00	7.734,86	1.663.777,20
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	4.777.075,78	263.508,01	19.272,68	159.406,05	4.900.450,42
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	149.567,22	1.902.004,48	-19.272,68	0,00	2.032.299,02
	34.943.163,71	2.177.468,49	0,00	167.140,91	36.953.491,29
III. Finanzanlagen					
1. Anteile an verbundene Unternehmen	25.000,00	0,00	0,00	0,00	25.000,00
2. Beteiligungen	12.526,65	0,00	0,00	0,00	12.526,65
3. Genossenschaftsanteile	12.740,00	0,00	0,00	0,00	12.740,00
	50.266,65	0,00	0,00	0,00	50.266,65
	35.438.150,21	2.204.030,86	0,00	209.643,84	37.432.537,23
	Abschreibungen				
	Stand am 01.01.2023	Zugänge	Abgänge	Stand am 31.12.2023	
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	388.123,85	46.686,37	42.478,93		392.331,29
II. Sachanlagen					



	Stand am 01.01.2023 EUR	Abschreibungen		Stand am 31.12.2023 EUR
		Zugänge EUR	Abgänge EUR	
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	10.673.047,35	495.575,00	0,00	11.168.622,35
2. Technische Anlagen und Maschinen	1.197.701,06	60.592,00	7.733,86	1.250.559,20
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.714.635,16	291.330,91	157.122,05	3.848.844,02
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	0,00	0,00	0,00
	15.585.383,57	847.497,91	164.855,91	16.268.025,57
III. Finanzanlagen				
1. Anteile an verbundene Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Beteiligungen	12.525,65	0,00	0,00	12.525,65
3. Genossenschaftsanteile	12.739,00	0,00	0,00	12.739,00
	25.264,65	0,00	0,00	25.264,65
	15.998.772,07	894.184,28	207.334,84	16.685.621,51
Buchwerte				
Stand 31.12.2023				
EUR				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		36.448,00		56.596,00
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		17.188.342,30		17.671.961,30
2. Technische Anlagen und Maschinen		413.218,00		473.811,00
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		1.051.606,40		1.062.440,62
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau		2.032.299,02		149.567,22
		20.685.465,72		19.357.780,14
III. Finanzanlagen				
1. Anteile an verbundene Unternehmen		25.000,00		25.000,00
2. Beteiligungen		1,00		1,00
3. Genossenschaftsanteile		1,00		1,00



Buchwerte	
Stand 31.12.2023	Stand 31.12.2022
EUR	EUR
25.002,00	25.002,00
20.746.915,72	19.439.378,14

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die in.betrieb gGmbH Gesellschaft für Teilhabe und Integration, Mainz

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der in.betrieb gGmbH Gesellschaft für Teilhabe und Integration, Mainz - bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2023 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der in.betrieb gGmbH Gesellschaft für Teilhabe und Integration, Mainz, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2023 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.



Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Mainz, 21. Mai 2024

Solidaris Revisions-GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



**Steuerberatungsgesellschaft
Zweigniederlassung Mainz**

Lea Kling, Wirtschaftsprüferin

Dirk Riesenbeck-Müller, Wirtschaftsprüfer

Hinweis zur Feststellung des Jahresabschlusses und zur Ergebnisverwendung

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 wurde am 31. Juli 2024 festgestellt.

Die Gesellschafterversammlung hat beschlossen, den Jahresüberschuss zusammen mit dem Gewinnvortrag aus Vorjahren in Höhe von 1.656.808,77 € auf neue Rechnung vorzutragen.